

## **Regierungsratsbeschluss**

vom 22. Januar 2008

Nr. 2008/85

KR.Nr. A 170/2007 (VWD)

### **Auftrag Fraktion FdP: Spezialfinanzierung Energie (Energiefonds) (7.11.2007); Stellungnahme des Regierungsrates**

---

#### **1. Vorstosstext**

Der Regierungsrat wird aufgefordert, einen Fonds zur Finanzierung von Massnahmen in den Bereichen Energieeffizienz und Förderung erneuerbarer Energien zu schaffen.

Der Fonds ist einerseits mit einem jährlich festzulegenden Beitrag aus dem Globalbudget des Amtes für Umwelt (Produktegruppe Wasser, Einnahmen Kühlwasserabgabe KKW Gösgen), andererseits mit den für die Energiefachstelle (inkl. Fördergelder) aufgewendeten Mittel aus dem Globalbudget des Amtes für Wirtschaft und Arbeit zu speisen. Weiter ist zu prüfen, ob mit der Energiewirtschaft freiwillige Beiträge ausgehandelt werden könnten.

#### **2. Begründung**

Mit der Überweisung des Auftrags 183/2006 Verpflichtungskredit zur Förderung erneuerbarer Energien zur Wärmeerzeugung vom 26. Juni 2007 wurde die Regierung beauftragt, dem Kantonsrat im Rahmen des Globalbudgets des Amtes für Wirtschaft und Arbeit 2009 bis 2011 ein Anschlussprogramm zur Förderung der Energieeffizienz und erneuerbarer Energien vorzulegen. Da die Mittel für diese Aufgabe sehr beschränkt sind, soll eine Spezialfinanzierung die finanzielle Grundlage zur Erfüllung dieser Aufgaben bilden. Der Fonds soll wie folgt gespeissen werden.

- Der Kanton hat Erträge aus der Gewässernutzung, welche in einen Fonds fliessen (Globalbudget Amt für Umwelt). Daraus werden Massnahmen des Wasserbaus und des Gewässerunterhalts für den Gewässerschutz finanziert. In den letzten Jahren resultierte stets ein Ertragsüberschuss. Ein von der Regierung festzulegender Teil dieses Ertragsüberschusses (mindestens aber Fr. 500'000) soll dem Energiefonds zugeführt werden.
- Der Regierungsrat klärt ab, ob eine Energiewirtschaft nicht erneuerbare Energieträger (wie Öl, Gas, Strom) bereit ist, freiwillige Beiträge in den Fonds zu leisten.
- Die bisherigen für die Energiefachstelle (inkl. Fördergelder) aufgewendeten Mittel im Globalbudget des Amtes für Wirtschaft und Arbeit sind jährlich als Beitrag des Kantons dem Fonds zuzuführen.
- Weitere Quellen zur Speisung sollen möglich sein.

### 3. Stellungnahme des Regierungsrates

Der Kantonsrat hat an seiner Sitzung vom 29. Oktober 2007 verschiedene energiepolitische Vorstösse zur Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien diskutiert und uns beauftragt, Abklärungen betreffend einem Paket „Energieeffizienzmassnahmen“ vorzunehmen, und bis spätestens Ende 2008 einen Bericht vorzulegen. Die für die Umsetzung zuständige Energiefachstelle hat umgehend mit der Umsetzung des Auftrages begonnen, erste Sitzungen haben bereits stattgefunden. Die Arbeiten werden von einem externen Beratungs-/Ingenieurbüro und einer Arbeitsgruppe mit Experten und Expertinnen aus der im Kantonsrat vertretenen politischen Parteien, sowie mit je einem Vertreter bzw. einer Vertreterin der Wirtschaft/des Gewerbes begleitet. Entsprechend der aktuellen Terminplanung soll der Bericht „Förderprogramm 2008“ spätestens per Ende Juni 2008 von der Arbeitsgruppe zu Händen des Regierungsrates verabschiedet werden. Dieser Bericht wird allfällige Finanzierungsmodelle bzw. Finanzierungsgefässe aufzeigen. Botschaft und Entwurf an den Kantonsrat sollen spätestens per Ende September 2008 verabschiedet werden. Es wird dann Aufgabe des Kantonsrates sein, die entsprechende Weichenstellung betreffend Finanzierung abschliessend vorzunehmen.

Obwohl wir ein gewisses Verständnis für das Anliegen der FdP-Fraktion haben, lehnen wir die Einführung von neuen „Spezialfinanzierungen“ etwelcher Art bzw. die Schaffung von neuen Fonds grundsätzlich ab. Die Äufnung von zweckgebundenen finanziellen Mitteln im Voraus ist finanzpolitisch unerwünscht. Zudem hat das Parlament mit der Überweisung des Postulates Grütter vom 25. Juni 2003 (Abschaffung aller Spezialfinanzierungen) diesbezüglich auch entsprechende Signale gesetzt, keine neuen Fonds zu schaffen.

Demgegenüber sind wir aber bereit, anstelle des geforderten Energiefonds das bisherige Produkt „Energienutzung“ aus dem Globalbudget Wirtschaft und Arbeit auszulösen und in ein eigenständiges Globalbudget „Energie 2009 – 2011“ zu überführen. Dies schafft die notwendige Transparenz über die erbrachten Leistungen der Fachstelle und ist im Sinne der WOV. Die finanziellen Mittel sollen sich vorerst aus den bisherigen Krediten zusammensetzen. Im Rahmen der parlamentarischen Beratung zum Entwurf des neuen Gesetzes über Wasser, Boden und Abfall (GWBA) soll darüber entschieden werden, ob eine vorgesehene Zweckbindung der Kühlwasserabgabe erwünscht ist und ob diese Mittel dem neuen Globalbudget Energienutzung zufließen.

Neben den bereits erwähnten Finanzierungsmöglichkeiten können dem neuen Globalbudget auch Beiträge der Energiewirtschaft zufließen. Zur Zeit laufen Vorbereitungen zu einer „Energieeffizienz Plattform Solothurn“, deren zentrale Stossrichtung die Unterstützung und Erreichung der energie- und klimapolitischen Ziele von Bund, Kanton und Gemeinden ist. Die Energiefachstelle wie auch das Amt für Umwelt sind in diesem, von drei solothurnischen Stromversorgern initiierten Projekt, eingebunden.

Auf Bundesebene sind zudem Bestrebungen im Gange, künftig einen Drittel des CO<sub>2</sub>-Abgabeertrages bzw. maximal 200 Millionen Franken pro Jahr, zweckgebunden für die Sanierung von Wohn- und Dienstleistungsgebäuden, einzusetzen. Zur Umsetzung dieser Massnahme werden die Mittel vermutlich den Kantonen zur Verfügung gestellt und könnten so dem neuen Globalbudget Energie zugewiesen werden.

Abschliessend halten wir fest, dass die Begründung des Auftrages, es resultiere nach der Finanzierung der Massnahmen des Wasserbaus, des Gewässerunterhalts und des Gewässerschutzes ein „Ertragsüberschuss“, nach den Hochwasserereignissen vom August 2007 zu relativieren ist. Der Was-

serbau wird in den nächsten acht Jahren zusätzliche 30 Millionen Franken brutto beanspruchen, für den Kanton Solothurn netto ca. 10 Millionen Franken.

#### **4. Antrag des Regierungsrates**

Erheblicherklärung mit folgendem Wortlaut:

Der Regierungsrat wird beauftragt, für die Globalbudgetperiode 2009 – 2011 dem Kantonsrat ein Globalbudget „Energie“ vorzulegen.



Dr. Konrad Schwaller  
Staatsschreiber

#### **Vorberatende Kommission**

Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission

#### **Verteiler**

Volkswirtschaftsdepartement  
Volkswirtschaftsdepartement, Leiterin Administration  
Amt für Wirtschaft und Arbeit (2, moj, stu)  
Bau- und Justizdepartement  
Amt für Umwelt (2)  
Hochbauamt  
Finanzdepartement  
Aktuarin UMBAWIKO (Ste)  
Parlamentsdienste  
Traktandenliste Kantonsrat